UID
FAKTEN UND ARGUMENTE
Nummer 17
30. Mai 2005
www.cdu.de

Foto: dpa

NRW

Historischer Sieg

Mit einem historischen Sieg in Nordrhein-Westfalen hat die CDU die letzte rot-grüne Landesregierung auf die Oppositionsbänke verwiesen.

In einer Sitzung des Bundesvorstands gratulierte die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, dem künftigen Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Jürgen Rüttgers, zu dem gemeinsam errungenen Wahlsieg. Als Ministerpräsident habe Jürgen Rüttgers jetzt die Chance, das bevölkerungsreichste Bundesland nach vorne zu bringen. Wenn es in Nordrhein-Westfalen wieder aufwärts gehe, werde dies auch ein „Stück Ausstrahlung auf Deutschland haben", betonte Merkel. Angesichts der ▶

▶ „über mächtigen Probleme" kündigten Angela Merkel und Jürgen Rüttgers eine konsequente Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung an. Es gelte, was die CDU im Wahlkampf gesagt habe: „Vorfahrt für Arbeit – sozial ist, was Arbeit schafft".

Die Partei- und Fraktionsvorsitzende verwies darauf, dass sich die Wählerinnen und Wähler mit ihrer Stimmabgabe für die CDU zugleich für eine wertegebundene Politik entschieden hätten. Nicht „hü und hott" sei das Motto des 21. Jahrhunderts, vielmehr seien die Menschen an einer Politik interessiert, die sich an einem klaren Wertesystem orientiere.

Die Abwahl der letzten rot-grünen Bundesregierung habe gezeigt, dass die Bevölkerung Rot-Grün die Kompetenz abspreche, die Probleme des Landes lösen zu können. „Jeder Tag, den Deutschland nicht von Rot-Grün regiert wird, ist ein guter Tag für Deutschland", bekräftigte die Partei- und Fraktionsvorsitzende mit Blick auf die Ankündigung des SPD-Vorsitzenden Müntefering, noch im Herbst Neuwahlen anzusetzen. Inzwischen seien die Fliehkräfte innerhalb der Sozialdemokratie so groß, dass sie nicht mehr zusammengehalten werden könne.

Eine vollständige Wahldokumentation steht im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de zum Download zur Verfügung.

„Union und FDP dagegen bringen die besten Voraussetzungen mit, damit in Deutschland wieder Wachstum und Arbeit entstehen können", erklärte Angela Merkel und kündigte an, dass die Union die Themen Wachstum und Arbeitsplätze in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellen werde. Die NRW-Wahl habe eindrucksvoll gezeigt, dass die Menschen ernst genommen werden wollten und Antworten auf ihre Probleme erwarten. In diesem Zusammenhang verwies Angela Merkel darauf, dass Deutschland derzeit „unter Wert regiert" werde. Ein Blick in die Bundesländer zeige schon heute, dass es den Menschen da besser gehe, wo die Union regiere.

Wahlsieger Jürgen Rüttgers freute sich über den überwältigenden Wahlsieg von Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen. Dies sei ein „wunderschöner Tag", sagte der künftige Ministerpräsident in Düsseldorf. „Ich weiß, dass die Wähler uns Vertrauen geschenkt haben. Sie haben uns den Auftrag gegeben, dass Nordrhein-Westfalen wiederkommt". Diesen Auftrag wolle die CDU in Koalition mit der FDP in den kommenden fünf Jahren umsetzen. Künftig werde im Land „wirtschaftliche Vernunft" mit „sozialer Gerechtigkeit" verbunden. Nordrhein-Westfalen werde den Menschen neue Chancen eröffnen durch mehr Arbeit, mehr Bildung, mehr Selbstbestimmung, aber auch mehr Eigenverantwortung.

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Wahlanalyse

SPD-Ära in NRW zu Ende

Eine hochgradige Unzufriedenheit der Wähler mit Rot-Grün in Bund und Land und das Zutrauen in die Politik der Union hat den Ausschlag für den folgenreichen Wechsel in Nordrhein-Westfalen gegeben. Der Amtsbonus des abgewählten Ministerpräsidenten Peer Steinbrück hat der SPD nicht geholfen.

In diesen beiden Faktoren sieht die Forschungsgruppe Wahlen (FGW) die wesentliche Grundlage für den historischen Sieg der CDU in NRW. Als einzige Partei konnte die CDU ihr Wahlergebnis gegenüber der Wahl 2000 verbessern. Prozentual legte die CDU um 7,8 Prozentpunkte zu, in absoluten Stimmen gewann die CDU fast eine Million Wählerstimmen dazu. Nach einer Analyse von Infratest dimap kommen 290.000 Stimmen aus dem Lager der ehemaligen SPD-Wähler; 460.000 Wähler konnten in dem Lager der Nichtwähler mobilisiert werden. Bei dem vom Wähler am wichtigsten eingeschätzten Thema, Arbeitslosigkeit und deren Bekämpfung, trauten die Wähler der SPD deutlich weniger zu als der CDU, berichtete die Forschungsgruppe Wahlen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen erwarteten nur 18 Prozent am ehesten von der SPD, aber 39 Prozent von der CDU. Auch bei dem nach der Arbeitslosigkeit zweitwichtigsten Wahlkampfthema, der Schul- und Bildungspolitik, lag die CDU in der Kompetenzzuweisung mit 41 Prozent vor der SPD mit 28 Prozent.

Nach einer Analyse von Infratest dimap lag die CDU in allen Bildungsgruppen vor der SPD. Letztere hat bei den Wählern mit einfachem und mittlerem Bildungsabschluss überproportional verloren, während die CDU bei den Wählern mit Hauptschulabschluss 8 Prozentpunkte und bei den Wählern mit mittlerem Bildungsabschluss sogar 9 Prozentpunkte dazu gewinnen konnte. Auch bei den Wählern mit Abitur/Hochschulabschluss konnte die CDU einen Stimmenzuwachs von 6 Prozentpunkten verzeichnen.

Innerhalb der Berufsgruppen musste die SPD bei den Arbeitslosen die größten Verluste hinnehmen (minus 16 Prozentpunkte), während die CDU hier 14 Prozentpunkte auf 38 Prozent zulegte. Auch bei den Arbeitern hatte die SPD hohe Verluste (minus 15 Prozentpunkte) zu verzeichnen, die CDU konnte 14 Prozentpunkte gut machen und erhielt in dieser Gruppe 42 Prozent der Stimmen, so Infratest dimap. Am erfolgreichsten schnitt die CDU mit jeweils 49 Prozent in der Gruppe der Selbständigen und der Rentner ab. Bei den Gewerkschaftsmitgliedern konnte die CDU 7 Prozentpunkte hinzugewinnen, während das Stammklientel der Sozialdemokraten auch hier 6 Prozentpunkte verlor.

Bei den 35- bis 44-Jährigen konnte die CDU ihre größten Zugewinne (plus 12 Prozentpunkte) verbuchen, während umgekehrt die SPD hier ihre größten Verluste mit minus 11 Prozentpunkten hinnehmen musste. Das beste Ergebnis erzielte die CDU mit 52 Prozent bei den über 60-Jährigen.

Die CDU gewann besonders in den großen Städten mit rund 10 Prozentpunkten deutlich dazu, während die SPD hier rund 5 Punkte verlor. Ein ähnliches Bild ergab sich in den kleineren Städten und Gemeinden.

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

der Wahlabend am vergangenen Sonntag hat der CDU in NRW mit ihrem Spitzenkandidaten Jürgen Rüttgers einen sensationellen Wahlsieg beschert. Die darauf folgende Ankündigung von Müntefering, Neuwahlen schon im kommenden Herbst durchführen zu wollen, ist ein Akt der Verzweiflung. Uns bietet das aber die hervorragende Chance, jetzt auch im Bund den Wechsel herbeizuführen.

Die endgültige Entscheidung, ob es tatsächlich zu Neuwahlen kommt, trifft der Bundespräsident. Mit dieser Entscheidung ist wohl erst Mitte Juli zu rechnen. Wir müssen uns also nun gewissenhaft vorbereiten, um spätestens dann mit Volldampf in den Sommer-Wahlkampf 2005 zu ziehen.

Das bedeutet für die gesamte Partei eine große Herausforderung. Vor allem die Kreisverbände haben entscheidende Aufgaben vor sich, die in kurzer Zeit bewältigt werden müssen. Wir werden seitens der Bundespartei alle erdenkliche Hilfe und Unterstützung dazu anbieten.

Als eine der ersten Aufgaben steht die Nominierung der Kandidaten an. Ab dem 18. Juni können die Kandidaten für die nächste Bundestagswahl nominiert werden – ganz unabhängig davon, wann die Wahl stattfindet. Wir empfehlen allen Verbänden, unmittelbar ab dem 18. Juni die Nominierungen vorzunehmen. Denn wie bei regulären Wahlen wird es auch hier eine Benennungsfrist vor dem Wahltermin geben. Sobald Aussagen und Auskünfte des Bundeswahlleiters bzw. des Bundesministeriums des Innern im Einzelnen vorliegen, werden wir Sie darüber informieren.

Wie in jedem Bundestagswahlkampf werden wir Ihnen ausreichend Werbe- und Informations-Materialien zur Verfügung stellen. Unter www.cdunet.de können Sie diese direkt im Online-Shop bestellen.

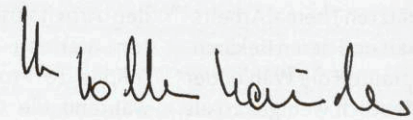
Kreisverbände werden auch dieses Mal eine kostenlose Grundausstattung bekommen. Dazu wird eine Aktionszeitung gehören, über die wir gesondert informieren.

Das CDUnet wird im Wahlkampf eine wichtige Rolle als Plattform für Materialien und Informationen spielen. Rechtzeitig zum Wahlkampf werden wir eine neue Version des CDUnet fertig stellen. Dort wird in Kürze etwa auch ein aktualisiertes Wahlkampfhandbuch zur Verfügung stehen.

Wir bitten Sie, schon jetzt mit den Planungen der vor Ort notwendigen Veranstaltungen und Abläufe zu beginnen. Das gilt, obwohl einige wichtige Termine noch nicht feststehen.

Natürlich ist eine vorgezogene Bundestagswahl ein Kraftakt, aber wir sind zuversichtlich. Wenn wir gemeinsam tatkräftig, entschlossen und auch frohen Mutes angesichts der Chance, die sich für die Union bietet, kämpfen, werden wird den Wechsel schaffen.

Vielen Dank für Ihren Einsatz!



Schutz und Förderung der Kultur sollte Staatsziel sein

Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland" hat sich einstimmig für eine Verankerung von Kultur als Staatsziel im Grundgesetz ausgesprochen. Anfang Juni wird sie dem Bundestagspräsidenten einen Zwischenbericht überreichen, in dem sie diese Empfehlung begründet.

In ihrem Zwischenbericht empfiehlt die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland" dem Deutschen Bundestag eine Ergänzung des Art. 20 GG um einen neuen Art. 20b mit folgender Formulierung: „Der Staat schützt und fördert die Kultur". Auch die Mitglieder der CDU/CSU-Arbeitsgruppe in der Kommission haben diese Entscheidung mitgetragen. Zu dieser Empfehlung kam auch die Mehrzahl der renommierten Staatsrechtler, die bei der öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission zum Thema „Kulturelle Staatszielbestimmungen" am 20. September 2004 eingeladen waren.

Die CDU/CSU-Arbeitsgruppe hat es sich in dieser Frage nicht leicht gemacht, gerade weil das Grundgesetz vor Überfrachtungen und prosaischen Erklärungen zu schützen ist. Dies gilt vor allem dann, wenn aus bestehenden Rechtsnormen keine einklagbaren Ansprüche erwachsen.

Günther Nooke

Dennoch sprechen zahlreiche Gründe für die Verankerung einer Staatszielbestimmung „Kultur" im Grundgesetz: Die Sicherung der kulturellen Wurzeln Deutschlands im Hinblick auf Europäisierung und Globalisierung ist dabei ein wichtiger Faktor.

In Artikel 151 EG-Vertrag verweist selbst das europäische Verfassungsrecht auf die Rolle und Bedeutung von Kultur. Deutschland als Kulturnation sollte sich auch im Grundgesetz – und nicht nur in den Länderverfassungen – zur Förderung von Kunst und Kultur bekennen. Das gilt umso mehr, weil in Art. 20a GG die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und selbst der Tierschutz schon Einzug in das Grundgesetz gehalten haben.

Polemisch gesagt ist überhaupt nicht einzusehen, warum die Wurzeln der Bäume durch das Grundgesetz geschützt werden, die kulturellen Wurzeln der Menschen aber nicht. Das Grundgesetz ist kein Gesetz für die Bundesebene, sondern regelt generell unser Zusammenleben im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb ist es schon wichtig, ob in diesem grundlegenden Gesetz der Kultur eine Bedeutung zukommt oder ob sie durch Nichterwähnung dem Verdacht der Nichtachtung aussetzt wird.

Hieraus leiten wir als Union keine Kompetenzverschiebung zwischen Bund und Ländern ab; dies wäre auch verfassungsrechtlich gar nicht möglich. Aber bei Entscheidungen der Länder und Kommunen, auch die Kultur ähnlich wie die Umwelt oder die Tiere als Abwägungsgrund mit heranziehen zu können, wäre sinnvoll.

Günter Nooke ist Kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Rot-Grüner Hartz IV-Betrug enttarnt

Die zusätzlichen Milliarden für das Arbeitslosengeld II (Alg II) sind die logische Folge der bewussten Unterveranschlagung der Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit, die Rot-Grün seit Jahr und Tag betreibt.

Bereits 2003 und 2004 musste in den jeweiligen Nachtragshaushalten die Arbeitslosenhilfe um Milliardenbeträge aufgestockt werden. Der rot-grüne Betrug bei Hartz IV ist jedoch von einer besonderen Dimension. Nach einem Bericht der Bundesregierung im Haushaltsausschuss wird offenbar, dass im Bundeshaushalt 2005 Mehrausgaben von bis zu 10 Milliarden € drohen.

Mit den falschen Hartz IV-Kosten hat Rot-Grün versucht, zumindest für einige Monate die Illusion eines verfassungskonformen Haushalts aufrechtzuerhalten. Hätte die Bundesregierung die Ausgaben für das Alg II realistisch veranschlagt, wäre der Bundeshaushalt von Anfang an verfassungswidrig gewesen.

Um rd. eine Million weichen die dem Haushalt zugrunde gelegten Bezieher von Alg II von den tatsächlichen Anspruchsberechtigten ab. Das Ausmaß dieser Abweichung zeigt, dass es

Steffen Kampeter

sich nicht um irgendwelche Schätzungenauigkeiten handelt. Hier wurde bewusst die Haushaltsplanung auf zu niedrige Fallzahlen gestützt. Getrickst wurde nicht nur bei den bisherigen Arbeitslosenhilfebeziehern, sondern auch bei den erwerbsfähigen Sozialhilfeempfängern. Im Vermittlungsausschuss hatte der Bundeswirtschaftsminister darauf bestanden, die Quote derjenigen, die statt Sozialhilfe künftig Anspruch auf ALG II haben, auf 70% zu begrenzen. Die Kommunen hatten dagegen unterstellt, dass mindestens 90% der bisherigen Sozialhilfebezieher erwerbsfähig und damit ALG II-berechtigt sein würden. Die tatsächliche Entwicklung zeigt, dass die Städte und Gemeinden Recht hatten.

Jetzt versucht Clement mit allen Mitteln, zumindest einen Teil der Mehrausgaben von den Kommunen zurückzuholen. Selbst wenn ihm dies gelänge, würde es bei weitem nicht ausreichen, das Hartz IV-Loch zu stopfen.

Steffen Kampeter ist der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss.

Christoph Böhr ist in seinem Amt als Vorsitzender der rheinland-pfälzischen CDU bestätigt worden. Auf einem Landesparteitag in Mainz votierten 92,9 Prozent der Delegierten für den stellvertretenden Vorsitzenden der Bundes-CDU. Zu Böhrs Stellvertretern wurden die FU-Bundesvorsitzende, Maria Böhmer, und der Landtagsabgeordnete Hans-Josef Bracht gewählt.

Terror besser bekämpfen!

Die Gefahr durch Islamisten in Deutschland ist im vergangenen Jahr gestiegen und wurde von Innenminister Schily bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2004 als „Hauptgefahr" bezeichnet.

Umso verwunderlicher ist es, dass Minister Schily zwar die Weiterentwicklung der bestehenden Instrumente rechtlicher und admistrativer Art fordert und die neuen Möglichkeiten des Zuwanderungsgesetzes hervorhebt, aber de facto bei der bevorstehenden Evaluierung der Sicherheitspakete I und II beim Status quo verharren und die aus den Zuwanderungsverhandlungen noch offenen Sicherheitsforderungen nicht schließen will. Hier muss jetzt nachgebessert werden.

Die Bundesregierung darf bei der Terrorbekämpfung nicht auf dem Status quo verharren. Die bevorstehende Evaluierung bietet die Möglichkeit, verpflichtet aber auch dazu, die Mittel der Terrorbekämpfung den Erfordernissen unserer Zeit anzupassen. Effektive und aktuelle Terrorbekämpfung erfordert, dass auf die hohe Bedeutung des Internets und der Möglichkeiten moderner Telekommunikationsmittel für Terroristen und das Organisierte Verbrechen reagiert wird. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert deshalb eine Speicherung von Telekommunikationsdaten für sechs Monate. Weiterhin ist die Errichtung einer gemeinsamen Datei der deutschen Sicherheitsbehörden zur Beobachtung und Bekämpfung des islamistischen Extremismus und Terrorismus dringend geboten. Auch die Kronzeugenregelung muss wieder eingeführt werden, nachdem diese von Rot-Grün bereits in den Sicherheitspaketen I und II ausgeblendet wurde. Hinzu kommen wesentliche Forderungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aus den Zuwanderungsverhandlungen: Hierzu zählt die unverzichtbare Einrichtung einer Warndatei zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität. Deren Notwendigkeit haben die bisherigen Ergebnisse des Visa-Untersuchungsausschusses gezeigt. Zudem fordern wir die Beschleunigung der Gerichtsverfahren für alle gefährlichen Ausländer, damit bizarre Fälle wie Kaplan oder die die Abschiebung verzögernde Klagetour des als Hassprediger bekannt gewordenen Berliner Imams aufhören. Beim Gesetzesvollzug muss ein Ende des Terror-Tourismus durchgesetzt werden. Das mittlerweile übliche Handlungsmuster, dass Ausländer, die legal in Deutschland leben, zwischen Islamisten-Ausbildungslagern im Ausland und Deutschland pendeln, muss durchbrochen werden.

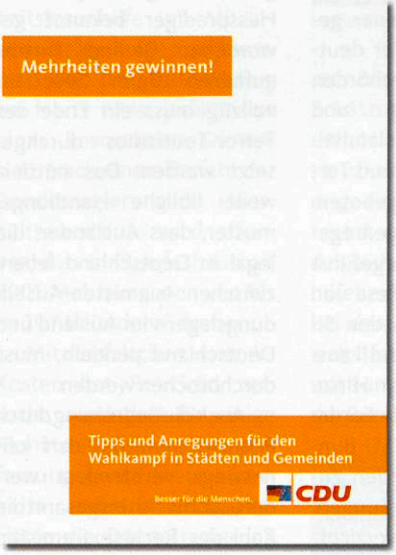
Hartmut Koschyk

Thomas Strobl

Auch die Bedrohung durch Rechtsextremisten darf keineswegs verharmlost werden, auch wenn insgesamt die Zahl der Rechtsextremisten leicht zurückgegangen ist. Die jüngst mit Unterstützung der Union zustande gekommene Verschärfung des Versammlungsrechts war ein richtiger und wichtiger Schritt, auf dem aufgebaut werden muss.

Hartmut Koschyk ist innenpolitischer Fraktionssprecher, **Thomas Strobl** ist Obmann im Innenausschuss.

UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.



Leitfaden „Mehrheiten gewinnen"
Tipps und Anregung für den Wahlkampf in Städten und Gemeinden

Bestell-Nummer: **4548**
Preis je 10 Stück: **7,50 €**
inkl. MwSt.: 8,03 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de